## DIE LINKE. Sachsen

1. Tagung des 16. Landesparteitages

13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. "Perspektive 2024" - Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.13.NEU Partei in Bewegung

Einreicher: Andreas W.

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung in Z. 31: Neues Kapitel 4 (andere Überschriften reihen sich nach hinten an)

"4. Partei in Bewegung und organisatorische Schlussfolgerungen aus der schweren Wahlniederlage 2021

DIE LINKE. Sachsen hat im Rahmen der Analyse der Wahlniederlage festgestellt, dass sie enorm an gesellschaftlichen Rückhalt eingebüßt hat. In diesem Zusammenhang verspricht sie, im Rahmen einer Neuaufstellung an Änderungen zu arbeiten, um den Hoffnungen ihrer Wähler, in erster Linie soziale Interessen zu vertreten und umzusetzen, gerecht zu werden.

Dies soll wie folgt erfolgen:

- Als alternative Gestaltungs- und Oppositionspartei überarbeitet DIE LINKE. Sachsen Leitlinien und thematische Positionen, um sich im Rahmen eines solidarischen Umgangs zu aktuellen Themen und gesellschaftlichen Entwicklungen neu zu verständigen. Dabei verpflichtet sie sich, diese Diskussion in solidarischer Form jenseits von jeglichem Extremismus und von gewaltbereiten Gruppen zu führen, und orientiert sich in Zukunft stärker auf Fragen der Arbeitswelt/der sozialen Gestaltung der Wirtschaft und nicht auf identitätspolitische Themen, und prüft (und erweitert) Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Parteien im demokratischen Raum, indem sie inhaltliche Prüfsteine erarbeitet, die für linke oder Mitte-Links-Koalitionen sinnvoll sein könnten.
- Es wird angeregt, stärker bewegungs- und aktionsorientiert im gesellschaftlichen Raum aufzutreten (z. B. zu initiierenden Bürger\*innen-/Volksentscheiden), aber verstärkt zu kommunalpolitischen und landespolitischen Themen, konkret und ausgehend von ihren Werten zu aktuellen Ereignissen wie z. B. gegen mögliche Großprivatisierungen im Rahmen der Daseinsvorsorge. Dabei ist sich DIE LINKE bewusst, dass dies am Alltagsbewusstsein ihrer potentiellen Wähler- und Sympathisant\*innenschaft anknüpft und nicht an in erster Linie auf in radikaler Weise denkende und auftretende außerparlamentarische oder autonome Gruppierungen, die die Bürgerinnen und Bürger eher abschrecken.
- Dies sollte kreativ und gern radikal im Design und der Form erfolgen, aber eher realpolitisch im Inhalt: Keine Straßenbahn stilllegen, kein Krankenhaus schließen, kein Profit durch Unterlaufen von Tarifverträgen, keine Akzeptanz für die Beibehaltung der Ostdeutschen als Bürger\*innen zweiter Klasse, keine leistungslosen Einkommen von Beamt\*innen und keine Entbindung der Unternehmer\*innen von der Fürsorgepflicht für Arbeitnehmer\*innen und Gesellschaft!
- Es wird innerparteilich angeregt, auf Kreis-, Orts- und Basisebene einladende Organisationsstrukturen zu schaffen. Deshalb soll die Mitgliedschaft angeregt werden,
  - thematische Arbeitsgemeinschaften zu schaffen, auch und gerade zu kommunalpolitischen Fragen; dazu sind Mandatsträger\*innen gefordert, in ihren Bereichen Arbeitsgemeinschaften auf regionaler Ebene zu bilden, um bestehende Debatten auch jenseits von Fraktionen mit der Mitgliedschaft und neuen Mitgliedern zu führen,

- organisatorisch einladende Einheiten für Mitglieder zwischen 30 und 55 Jahren neben den etablierten Basisstrukturen zu schaffen, um einladend für Interessenten und neue Mitglieder zu sein,
- Anti-Sexismus und Anti-Mobbing-Leitlinien zu erarbeiten und im realen Leben umzusetzen,
- sich klarer von radikalen, autonomen oder gewaltbereiten "linken" Gruppen abzugrenzen, die dem Erscheinungsbild von links nur schaden,
- sich öfters als Partei und Fraktion bzw. Mandatsträger\*innen öfter auch zwischen den Wahlen als bisher im öffentlichen Raum zu präsentieren.

Zudem wird angeregt, über die Schaffung von eigenen Vereinen, Unternehmen und Projektträger\*innen mit gemeinnützigen Fördermöglichkeiten, in denen man die eigenen Genoss\*innen auch arbeitsmäßig unterbringen kann, nachzudenken, die Mitglieder diesbezüglich zu informieren und die Amtsträger aufzufordern, solche Strukturen zu schaffen und via Stiftung/Kommunalpolitisches Forum über derartige Möglichkeiten (z. B. Anforderungen an Gründung eines Vereins/eines Unternehmens) zu informieren. Ein Grund für das bei Lichte betrachtet teils recht egoistische Verständnis von Amts- und Mandatsträger\*innen im Hinblick auf Hortung von Wissen, Mobbing, Machtkämpfen oder Kampf um Erhaltung von jedem Quadratmeter Macht liegt auch darin begründet, dass wenige Alternativen im Hinblick auf den Arbeitsmarkt z. B. im Rahmen von linken Projekten bestehen. Der Landesvorstand sollte über solche Ideen informieren, dazu anregen und selbst entsprechende Strukturen aufbauen helfen. Gleiches betrifft die Heranziehung von eigenen klugen Leuten für spätere Positionen mittels Mitarbeiterschaft in Verwaltung / als Mitarbeiter\*innen von linken oder R2G-Beigeordneten oder R2G-Landesminister\*innen. Dies ist gleichzeitig Voraussetzung für personelle Erneuerungsprozesse oder Regelungen zur Mandatszeitbegrenzung, da sich Abgeordnete ansonsten bemüßigt sehen müssen, bis zur Rente zu kandidieren.

## Begründung:

Korrektur weniger Rechtschreib- und Schreibfehler von Ä.A.13. Erfolgt mündlich.

## **Entscheidung des Landesparteitages:**